

Antrag 08/I/2020**KDV Treptow-Köpenick****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Angemessene Gedenkarbeit in der SPD**

1 Am 27. Januar 2020, dem (inter-)nationalen Gedenktag
 2 der Schoa und des 75. Jahrestages der Befreiung des Ver-
 3 richtungslagers Auschwitz-Birkenau, veranstaltete die
 4 SPD-Bundestagsfraktion einen Diskursabend zum The-
 5 ma „Künstliche Intelligenz“. Der Landesverband Berlin lud
 6 zum Neumitgliederabend im Rathaus Charlottenburg mit
 7 Michael Müller. Diese Veranstaltungen widmeten sich der
 8 historischen Bedeutung des Tages in keiner angemesse-
 9 nen Art und Weise und fanden parallel zu Gedenkveran-
 10 staltungen statt.

11

12 Auch 75 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges hat Anti-
 13 faschismus nicht an Bedeutung verloren. Im Gegenteil,
 14 in Zeiten in denen „konservative Parteien“ in Thüringen
 15 mit Faschist*innen paktieren, um eine progressive Regie-
 16 rung zu stürzen; demokratische Politiker*innen angegrif-
 17 fen und sogar ermordet werden und rechtsradikale An-
 18 griffe auf jüdische Einrichtungen als „fingiert“ abgetan
 19 werden, dürfen wir uns als älteste demokratische und an-
 20 tifaschistische Partei nicht verstecken. Es ist unsere his-
 21 torische Verantwortung und unser aktuell politischer An-
 22 spruch, immer wieder auf die Gefahren eines erstarken-
 23 den Faschismus aufmerksam zu machen und seiner Opfer
 24 zu gedenken. Die Zeit des Nationalsozialismus muss zen-
 25 traler Bestandteil unserer Erinnerungskultur bleiben.

26

27 Wir fordern deshalb:

28 Mindestens der 27. Januar, 8. Mai und 9. November, ins-
 29 besondere aufgrund seiner Vielfältigkeit, sollen frei von
 30 Parteiveranstaltung gehalten werden, die den histori-
 31 schen Kontext dieser Tage nicht vorwiegend thematisie-
 32 ren. Auch an anderen Tagen, die in besonderer Weise
 33 mit dem nationalsozialistischen Unrecht in Verbindung
 34 stehen, sollen Veranstaltung von Parteigliederungen die
 35 Bedeutung dieser Tage angemessen thematisieren. Ge-
 36 denkarbeit soll sowohl organisatorisch als auch finansi-
 37 ell durch den Parteivorstand unterstützt werden. Darüber
 38 hinaus appellieren wir an alle Amts- und Mandatsträ-
 39 ger*innen sowie die SPD-Untergliederungen, sensibel mit
 40 der Wahl von Tagungs- und Veranstaltungsorten an allen
 41 Gedenktagen umzugehen

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Auch 75 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges hat Anti-
 faschismus nicht an Bedeutung verloren. Im Gegenteil,
 in Zeiten in denen „konservative Parteien“ in Thüringen
 mit Faschist*innen paktieren, um eine progressive Regie-
 rung zu stürzen; demokratische Politiker*innen angegrif-
 fen und sogar ermordet werden und rechtsradikale An-
 griffe auf jüdische Einrichtungen als „fingiert“ abgetan
 werden, dürfen wir uns als älteste demokratische und an-
 tifaschistische Partei nicht verstecken. Es ist unsere his-
 torische Verantwortung und unser aktuell politischer An-
 spruch, immer wieder auf die Gefahren eines erstarken-
 den Faschismus aufmerksam zu machen und seiner Opfer
 zu gedenken. Die Zeit des Nationalsozialismus muss zen-
 traler Bestandteil unserer Erinnerungskultur bleiben.

Wir fordern deshalb:

Mindestens der 27. Januar, 8. Mai und 9. November, ins-
 besondere aufgrund seiner Vielfältigkeit, sollen frei von
 Parteiveranstaltung gehalten werden, die den histori-
 schen Kontext dieser Tage nicht vorwiegend thematisie-
 ren. Auch an anderen Tagen, die in besonderer Weise
 mit dem nationalsozialistischen Unrecht in Verbindung
 stehen, sollen Veranstaltung von Parteigliederungen die
 Bedeutung dieser Tage angemessen thematisieren. Ge-
 denkarbeit soll sowohl organisatorisch als auch finansi-
 ell durch den Parteivorstand unterstützt werden. Darüber
 hinaus appellieren wir an alle Amts- und Mandatsträ-
 ger*innen sowie die SPD-Untergliederungen, sensibel mit
 der Wahl von Tagungs- und Veranstaltungsorten an allen
 Gedenktagen umzugehen